B008: Stärkung und Verschärfung des Arbeitszeitgesetzes

Laufende Nummer: 052

Antragsteller/in:	DGB-Bezirk Hessen-Thüringen
Empfehlung der ABK:	Ablehnung
Sachgebiet:	B - Arbeit der Zukunft und soziale Sicherheit

Stärkung und Verschärfung des Arbeitszeitgesetzes

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

- 1 Der DGB möge sich dafür einsetzen, dass Arbeitszeitgesetz zu stärken, auszubauen und zu verschärfen.
- 2 § 3 ArbZG Arbeitszeit der Arbeitnehmer: „Die werktägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer darf sieben
- 3 Stunden nicht überschreiten. Sie kann auf bis zu acht Stunden nur verlängert werden, wenn innerhalb
- 4 von sechs Kalendermonaten oder innerhalb von 24 Wochen im Durchschnitt sieben Stunden werktäglich
- 5 nicht überschritten werden.“
- 6 § 5 ArbZG (1) Ruhezeit: „Die Arbeitnehmer müssen nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine
- 7 ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 12 Stunden haben.“
- 8 Bezüglich §22 ArbZG Bußgeldvorschriften und § 23 ArbZG Strafvorschriften müssen die Bußgelder und
- 9 Freiheitsstrafen angehoben werden.

Begründung

Nach dem 30jährigen Jubiläum der 35 Stunden Woche in der Metall- und Elektroindustrie (West) im Jahr 2016 wird es Zeit diese Errungenschaft im Gesetz für alle Beschäftigten festzuschreiben. Rekord-Überstunden und volle Arbeitszeitkonten waren Themen in den Medien im vergangenen Jahr. Arbeitszeit ist Lebenszeit. Arbeit ist nicht mehr das halbe Leben, sondern mittlerweile das ganze Leben. Entgrenzung der Arbeit, keine Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gesundheitsschädliche Schichtarbeit, Burnout, Erhöhung der Arbeitsintensität sind nur einige Schlagworte, welche die derzeitige Arbeitswelt prägen. Aus diesem Hamsterrad gilt es auszubrechen. Sieben Stunden Arbeit am Tag sind genug. Zwischen zwei Arbeitstagen muss mindestens ein halber Tag liegen. Ansonsten haben wir keine Zeit mehr für die wirklich wichtigen Dinge im Leben.

Die Bußgelder und Freiheitsstrafen im Arbeitszeitgesetz sind zu niedrig angesetzt. Verstöße gegen das Gesetz (wenn sich Beschäftigte überhaupt trauen, dagegen vorzugehen) sind viel zu lukrativ für die Arbeitgeber. Hier sind Sanktionen nötig, die tatsächlich abschrecken. Mit der Arbeits- und damit Lebenszeit der Menschen darf kein Missbrauch betrieben werden.